

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich außer an den Feiertagen. Preis 1,20 M. pro Quartal. Einzelhefte 4 Pf. (inkl. Post).  
**Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend**  
Preis 1,20 M. pro Quartal. Einzelhefte 4 Pf. (inkl. Post).  
Abonnementsentgelt: Ein halbes Jahr 6 M., ein Jahr 11 M., drei Jahre 32 M. (inkl. Post).  
Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Wilsdruff, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Riesa.

Verlagspreis: Die Schriftleitung Wilsdruff, die Druckerei Wilsdruff, die Druckerei Wilsdruff, die Druckerei Wilsdruff.  
Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.  
Telegraphische Adressen: Wilsdruff, Wilsdruff, Wilsdruff.

Nr. 153. — 84. Jahrgang. Wilsdruff, Dresden Sonntag, den 4. Juli 1925

## Preußenfragen — Reichsfragen

Von unterrichteter parlamentarischer Seite wird uns geschrieben: Überraschenderweise sind die Verhandlungen über eine Lösung der Preußenfrage nun doch wieder in Fluss gekommen. Noch vor ein paar Tagen las man's anders; da hieß es, daß die Besprechungen über die Umbildung des preussischen Kabinetts bis auf den Herbst vertagt seien. Gewisse Persönlichkeiten des Zentrums — vor allem Dr. Hermeß — wurde dabei genannt — haben die Dinge wieder ins Rollen gebracht, so daß man jetzt sogar schon eine Ministerliste erwägt, auf der auch der deutschnationalen zwei Posten, der Deutschen Volkspartei sogar die Ministerpräsidentenschaft zugesprochen wird. Die Zeitfragen wären die Demokraten, die zurzeit drei Ministerposten innehaben. Sie würden nach dem angelegten Plan nur einen Ministerposten erhalten.

Bemerkenswert dabei soll sein, daß sich zwischen der demokratischen Partei und dem Zentrum, wie behauptet wird, eine nicht unerhebliche Spannung gebildet habe, die sich zu einer ausdrücklichen Erklärung des Reichsausschusses der Zentrumspartei gegen gewisse Veröffentlichungen und Angriffe der demokratischen Presse und einer Forderung des Dr. Hermeß verdrückt hätte. Ein Teil der Zentrumspresse wendet sich demgemäß mit Schärfe gegen das Verlangen der Demokratie, die Entscheidung in Preußen bis zum Herbst zu verschieben. Man wirft dort den Demokraten vor, sie wollten möglichst viel Zeit bis dahin „zur Durchsicherung ihrer nicht gerade altruistischen Personalpolitik herausfinden“, aber das Zentrum werde „der demokratischen Jagd nach Staatsstellen nicht mehr mit verhaltenen Armen zusehen“. Von der anderen Seite her soll es entsprechend zutreffen, indem man dort auf die überraschende Ernennung eines Ministerkabinetts im Auftragsministerium zum Staatssekretär hinweist, der der Bruder des bekannten Zentrumsgesandten Sammer ist. Natürlich muß man aber dabei auch berücksichtigen, daß die Stellung des ehemaligen Ministers Dr. Hermeß innerhalb des Zentrums selbst keine ganz unumstrittene ist, wie öfters betont wurde.

Die gesamte Situation in Preußen ist selbstverständlich nur zu verstehen auf dem Hintergrund der Reichspolitik. An und für sich balanciert ja das derzeitige Kabinett in Preußen parlamentarisch auf einer überaus schmalen Mehrheitsbasis, wie die Erfahrungen bei den vielen Abstimmungen der vergangenen Monate beweisen. Gerade die Reichspolitik, und zwar die innere, ist es, die den Zusammenhalt der früheren Koalitionsparteien gelockert hat. Wir nennen hier nur die Fragen der Aufwertung, der Agrarfrage, namentlich aber der Zollfrage. Auf einer Forderung des Reichsausschusses der Zentrumspartei in Frankfurt a. M., an der Vertreter des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten teilnahmen, hat der Zentrumsvorredner Dr. Wirth unverblümt geäußert, die republikanischen Parteien seien nicht mehr in der Lage, die Fragen der Innenpolitik eine gemeinsame Plattform zu finden, ja sie wären aus Mangel an führenden Männern nicht imstande, eine Regierung zu bilden. Das Zentrum müsse immer wieder mit der Rechten zusammengehen und das bedeute den Zerfall jenes Zusammenhanges, eine Bestätigung, der dort auch der Sozialdemokrat Solmann Ausdruck gab und die von der demokratischen und sozialdemokratischen Presse noch unterstrichen wurde. Man spricht dort von einem Absinken des Zentrums eines Teiles des Zentrums von der Rechten zur Rechten herüber.

Katzenbühl ist aber auch die Reichspolitik des Kabinetts hinsichtlich der Außenpolitik Dr. Stresemanns von vielleicht noch größerer Bedeutung für die Preußenfrage und ihre Lösung in dem Sinne einer Verbreiterung der parlamentarischen Basis. Insofern wird nämlich die Lösung vom Reich her beeinflusst werden, als die Entlassung der Deutschnationalen im Reichstag für oder gegen Dr. Stresemanns Sicherungsvorschläge nun für die Haltung der Deutschen Volkspartei in Preußen entscheidend werden dürfte. Wird Stresemann von den Deutschnationalen nicht so geführt, daß er das von ihm verlangte Vertrauenstimmen — oder sonst eine Form der Billigung seiner Politik — auch wirklich ausgesprochen erhält, werden also durch die deutschnationale Reichstagsfraktion die Folgerungen aus ihrem Charakter als Regierungspartei nicht unbedingt gezogen, statt dessen eine Regierungskrise verursacht, so ist ohne weiteres damit zu rechnen, daß — abgesehen von der Entwicklung im Reich — die Deutsche Volkspartei in Preußen in das Lager der Großen Koalition zurückzukehren würde. Es soll ja im Reichstag durch die Debatte über die deutschen Sicherungsvorschläge und die französische Antwort nun durch einen Beschluß irgendwelcher Art den Gerüchten ein Ende gemacht werden, als seien Differenzen in den Anschauungen der verschiedenen Kabinettsmitglieder vorhanden bzw. das Kabinett, wie es sich jetzt zusammensetzt, bestehe nicht mehr aus Vertrauen der Mehrheit des Hauses, also aller hinter ihm stehenden Parteien. Wir können übrigens vermuten, daß sich bei der Herbeiführung dieses Beschlusses ganz interessante taktische Schachzüge im Parlament abspielen werden.

Diese Zusammenhänge werden andererseits die Stellungnahme der Parteien im Reichstag ganz wesentlich

## Aufwertung von Sparkausguthaben.

### Mindestaufwertung auf 12% Prozent.

Der Aufwertungsanspruch des Reichstags sollte die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über die Aufwertung von Hypotheken und sonstigen Ansprüchen beim Kapitel Aufwertung von Sparkausguthaben sein. Der Entwurf liegt der Kompromißvorlage der hinter der Regierung stehenden Parteien, nicht die Regierungsvorlage selbst, zugrunde. Die Kompromißvorlage wird zu dem erwähnten Kapitel angenommen; danach sollen die Sparkausguthaben mindestens mit 12% aufgewertet werden. Es erfolgt die Aufwertung der bis 15. Juni 1922 eingeleiteten Sparkausguthaben.

Beim Kapitel „Aufwertung von Vermögensanlagen“ bestimmt die Kompromißvorlage, daß der Aufwertungsanspruch 25% nicht übersteigen darf bei: Ansprüchen aus Gesellschaftsverträgen, aus Güterüberlassungsverträgen, Ansprüchen unter Mierden, Ansprüchen aus Beziehungen zwischen unterhaltsberechtigten und verpflichteten Personen, Ansprüchen auf wiederkehrende Leistungen bei Abfindungen, Überlassungen usw., Ansprüchen auf Entschädigung eines Erbbaurechts, Guthaben bei Fabrik- oder Werkstatthaltern, sowie Ansprüchen an Betriebspensionskassen.

## Vor der deutschen Antwort

Eigener Fernsprechdienst des Wilsdruffer Tageblattes

Berlin, 3. Juli. Halbamtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett sollte gestern nachmittag die Beratungen über die außenpolitische Lage fort. Der Reichsaussenminister berichtete über den Stand der Verhandlungen für die Beantwortung der französischen Eiserbahnfrage. Es besteht über die Grundlinien dieser Antwort Einverständnis und es ist die Vorlage eines Entwurfes im Kabinett ehestens zu erwarten.

## Eine Erklärung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei.

Eigener Fernsprechdienst des Wilsdruffer Tageblattes

Berlin, 3. Juli. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei veröffentlicht folgende Erklärung: Nachdem der Herr Reichskanzler in seiner Besprechung mit der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei dieser heute die Erklärung abgegeben hat, daß eine Aussprache über die politische Lage im Reichstag noch in dieser Tagung stattfinden wird, ist die Fraktion der Volkspartei, eine baldige Klärung der politischen Lage herbeizuführen, erreicht. Die Fraktion behält sich eine neue Initiative vor, wobei sie bei der heutigen Erklärung der Reichsregierung angelegentlichst die Beantwortung der französischen Note folgt. Demnach hat die Fraktion von der Einbringung einer Interpellation zunächst abgesehen.

beeinträchtigen und namentlich auf die deutschnationale Fraktion sehr stark einwirken. Bekanntlich hat sich der Vorstand dieser Partei vor kurzem grundsätzlich billigen zur Politik der Sicherungsvorschläge ausgesprochen; das geschah freilich wohl nicht im Hinblick auf die allgemeinen politischen Verhältnisse, auf die Situation in Preußen. Diese Zusammenhänge haben jetzt erst begonnen, ihre Wirkung auszuüben.

## Doch Vertagung bis zum Herbst?

Berlin, 2. Juli.

Heute fand eine interfraktionelle Aussprache im Reichstagsklub statt. Man soll nach längeren Auseinandersetzungen zu dem Resultat gekommen sein, daß bis zum Herbst an der jetzigen Zusammenfassung des Kabinetts nichts geändert werden soll, da vorläufig die Bedingungen für eine dauerhafte anderweitige Ministerkombination nicht gegeben seien.

## Der Moskauer Studentenprozess

Deutsche eideschwärzliche Erklärungen.

Im Moskauer Prozess nahm nach dem Völkervertrag des Staatsanwalts der Verteidiger Dittmar das Wort, nachdem der Verteidiger Rindermann das Wort der Enthebung von seinen Pflichten erklart hatte, da Rindermann in der Schule des Prozesses mit ihm „keinerlei Kontakt“ unterhalten habe. Dittmars Verteidiger trat dafür ein, daß man den Angeklagten nicht die ganze Härte des Gesetzes säufeln lasse, da nicht er, sondern seine Umgebung die Schuld trage, daß er in die „Terrorexpedition“ hineingezogen worden sei. Zwischen haben die deutschen Reichstagsabgeordneten Dr. Ludwig Haas und Reichstagskanzler a. D. Dr. Wirth die eideschwärzliche Versicherung abgegeben, daß nach ihrer genauen Kenntnis der Sache das „Terrorverbrechen“ Berlin, dem man in Russland Verbrechen in der „Organisation Conzil“ nachgelastet habe, nicht weiter

## Die Gefahren der Zukunft

Eigener Fernsprechdienst des Wilsdruffer Tageblattes

Berlin, 3. Juli. Die Deutsche Allgemeine Zeitung berichtet aus Paris, die Vermutung, daß die Grundlage der französisch-englischen Verständigung über einen Garantievertrag in der russischen Frage zu suchen sei, wird durch die Haltung der maßgebenden Pariser Presse immer deutlicher. Es ist mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten, daß die Tendenzen, die sich bei den beiden Vermächtern bemerkbar machen, noch Abbruch des Paktes sehr bald praktische Formen annehmen werden und damit auch für Deutschland als Verpflichtungen akzeptiert werden könnten, die mit dem Pakt verbunden sein würden. Jedenfalls wäre es angebracht, sich darüber klar zu werden, daß die Diskussion über die verschiedenen Gefahren, die sich für Deutschland aus dem Pakt ergeben können, keineswegs nur theoretische Bedeutung hat.

## Großes Touristenunglück.

Zwölf österreichische Bergsteiger erstochen.

Aus Graz wird gemeldet: Im Besitze Oberkärntens am 3. Juni ereignete sich ein großes Touristenunglück. Seit dem 30. Juni wurden 13 Touristen aus Wien, Graz und Linz vermisst, die zwei Tage vorher Bergtouren unternommen hatten. Jetzt hat ihr Verschwinden eine österreichische Aufklärung gefunden. Am 1. Juli wurden auf dem Hochkogel vier Wiener Touristen erstochen und aufgefunden; auf der Klanspitz wurden dann die Leichen der österreichischen Nationalbank Seneider und Posner und auf dem Odein der Tourist Nöhringer aus Wien aufgefunden. Alle sechs waren tot. Die anderen sechs toten Bergsteiger sind noch nicht gefunden.

## Neue Verhandlungen mit Spanien.

Zur Änderung des Handelsvertrages.

Berlin, 2. Juli.

Nach der am 21. Juni erfolgten Ratifikation des deutsch-spanischen Handelsvertrages ist die Reichsregierung entsprechend ihren bei der Beratung des Vertrages im Reichstage abgegebenen Erklärungen an die spanische Regierung heranzutreten, um sofort neue Verhandlungen über die Abänderung der im Reichstage beanstandeten Bestimmungen einzuleiten. Die spanische Regierung hat sich zu Verhandlungen bereit erklärt. Die deutsche Delegation, die aus Vertretern der beteiligten bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld, Grafen v. Helldorf und Grafen v. Helldorf besteht, ist unter Führung des früheren bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld, Grafen v. Helldorf und Grafen v. Helldorf nach Madrid abgereist. Einige Vertreter des Reichsausschusses und des Reichstages schließen sich ihr als Sachverständige an.

ein Wirtschaftskörper, der die Votage der deutschen Studenten hindern wolle. Eine Erklärung ähnlichen Inhaltes erließ der Rektor der Berliner Universität. Dittmar teilte noch der Reichsminister des Innern mit, daß Rindermann, Wolfart und Dittmar im Ministerium in keiner Weise bekannt geworden seien und niemals Verhandlungen zu deutschen Behörden gehabt hätten.

## Todesurteil im Moskauer Deutschen-Prozess.

Eigener Fernsprechdienst des Wilsdruffer Tageblattes

Moskau, 3. Juli. Der Oberste Gerichtshof hat nach 5 1/2-tägiger Beratung gegen alle drei angeklagten deutschen Studenten das Todesurteil verurteilt. An amtlicher Stelle wird diese Nachricht bestätigt.

## Koblenz englisches Hauptquartier.

Frankfurt a. M., 2. Juli.

Aus authentischer Quelle wird mitgeteilt, daß das englische Hauptquartier nach der Räumung Kölns nicht nach Wiesbaden verlegt wird, sondern diese Stadt das Hauptquartier des französischen 30. Armekorps bleibt. Der französische Kriegsrat hätte allerdings nicht ungern gesehen, das Hauptquartier der englischen Armee in Wiesbaden zu wissen, doch hat der englische Generalfeldmarschall dagegen gewandt und vorgeschlagen, nach der Räumung Kölns sein Hauptquartier in Koblenz, der Hauptstadt der Rheinprovinz, zu installieren. Daß sich seit einiger Zeit in Wiesbaden wieder zahlreiche englische Offiziere aufhalten, erklärt sich daraus, daß seit der Auflösung der französisch-belgischen Eisenbahngesellschaft die internationalisierte Eisenbahnkommission, zu der englische Offiziere abkommandiert sind, sich wieder in Wiesbaden befindet.